



# Interviews

**16. August 2023**

## **Ulf Kämpfer im Gespräch mit Sarah Zerback**

**Sarah Zerback:** Eine solche kommunale Wärmeplanung haben bundesweit inzwischen rund 400 Kommunen. Auch in Kiel gibt es die zum Beispiel schon. Dort ist SPD-Mann Ulf Kämpfer Oberbürgermeister und er ist außerdem Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen, und Vizepräsident des Deutschen Städtetages ist er auch. Schönen guten Morgen, Herr Kämpfer.

**Ulf Kämpfer:** Guten Morgen, Frau Zerback.

**Zerback:** Die Bundesregierung hat den Zeitplan für die Kommunen noch mal gestrafft. Ist das jetzt zu schnell, zu ehrgeizig für die kommunalen Stadtwerke und so weiter, oder machbar, wenn man das nur will?

**Kämpfer:** Wir glauben schon, dass dieses halbe Jahr, was man jetzt vorgezogen hat, nicht notwendig ist und nicht sinnvoll ist, weil uns das doch sehr, sehr unter Stress setzt. Da geht es nicht nur um Kapazitäten bei Gutachtern, die man braucht, sondern wir merken das sehr. Sie haben eben gesagt, Kiel hätte schon eine Wärmeplanung. Wir sind noch nicht fertig, wir sind drin, und das ist doch sehr kompliziert. Gerade wenn man einen ehrgeizigen Fernwärmeausbau machen will, dann sind da viele Sachen zu klären. Auf die Distanz gesehen – bis 2045 wollen wir klimaneutral sein – glauben wir, dass dieses halbe Jahr der Gründlichkeit, die man uns lässt, glaube ich, am Ende sich auszahlen wird. Das ist einer der Kritikpunkte. Viele Dinge haben sich aber auch sehr verbessert in dem neuen Entwurf und insofern glauben wir, dass wir da auf einem sehr guten Weg sind.

**Zerback:** Wichtig ist durchaus, dass Wärmeplanung auf kommunaler Ebene geschieht. Das versichern sicher alle Beteiligten. Wo stoßen Sie denn persönlich in Kiel an Grenzen, wenn Sie sagen, das ist doch ganz schön kompliziert?

**Kämpfer:** Wir brauchen einen komplexen Mix und müssen gucken, die Gasheizungen werden deutlich weniger Bedeutung haben. Das heißt, Wärmepumpen, Nahwärme, Fernwärme werden die zentralen Elemente sein. Aber in welchem Mixverhältnis eigentlich? Wo wird Wasserstoff eine Rolle spielen? Sind das wirklich die 15 bis 20 Prozent auch in dezentralen Heizungen, wie einige denken? Wird es deutlich weniger sein? Und jede Kommune ist auch anders. Da geht es nicht nur um technische Lösungen, da geht es auch um viele Finanzierungsfragen. Welche Förderung bekommen wir vom Bund? Die kommunalen Stadtwerke finanzieren ja auch den ÖPNV, den kommunalen Haushalt mit. Inwieweit ist man bereit und in der Lage, auf Gewinne zu verzichten und sie in Fernwärmeausbau zu investieren? Das ist, das merken wir gerade in intensiven Gesprächen mit unseren Stadtwerken, sehr anspruchsvoll. Das ist eine Generationen- vielleicht eine Jahrhundertaufgabe, aber wir müssen es jetzt auch schaffen, wenn wir bis 2045 klimaneutral werden wollen. Wir haben da ja viele Jahre auch verplempert, muss man sagen. Diese Gratwanderung zwischen Ehrgeiz, aber dann

auch einer Fernwärmeplanung, die ehrgeizig ist, die würde viele Menschen, die jetzt stark verunsichert sind, entlasten, weil sie wissen, ich muss mich um nichts kümmern. Das Wärmenetz kommt und das sollte unser gemeinsames Ziel sein, die Fernwärme- und die Nahwärmenetze so weit wie möglich und so schnell wie möglich auszubauen.

**Zerback:** Die Bundesregierung will finanziell fördern, allerdings nur die Erstellung der Wärmepläne und nicht deren Umsetzung. Fehlt Ihnen da was?

**Kämpfer:** Schon bei den Wärmeplanungen fängt es an. Die 500 Millionen, die der Bund dort anbietet, halten wir für viel zu wenig. Das ist aber, ehrlich gesagt, nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man die Gesamtinvestitionen ansieht. Nehmen Sie mal eine Stadt wie Kiel, 250.000 Menschen. Alles zusammen, die Wärmeerzeugung umzustellen auf Erneuerbare, die Fernwärmenetze auszubauen, das Stromnetz auszubauen dort, wo Wärmepumpen hinkommen, alles zusammen wird über eine Milliarde kosten. Wenn wir da keine vernünftige Förderung bekommen, dann muss man entweder die Preise total anheben, das wird nicht funktionieren. Oder man wird sehr unehrgeizig bei der Planung der Fernwärme. Das wollen wir auch nicht. Wir wollen ja und der Bund will es ja auch, dass Fernwärme sich vielleicht verdoppelt, verdreifacht zu den heute 14 Prozent, die wir anteilig haben, und deswegen geht es nicht nur darum, dass die Wärmeplanung finanziert wird, sondern wir brauchen eigentlich bis 2035 jedes Jahr drei Milliarden dafür. Bisher haben wir drei Milliarden insgesamt bis 2026. Da muss Christian Lindner sich ganz schnell lockermachen. Sonst werden wir keine ehrgeizigen Wärmepläne verabschieden können.

**Zerback:** Dafür ist er ja bekannt. Im Ernst, Herr Kämpfer: Wie läuft die Kommunikation mit den zuständigen Ministerien? Da klafft ja jetzt sehr viel zwischen dem, was Sie gerade an der Stelle noch fordern, und was angeboten wird. Zuständig sind erst mal Klara Geywitz und Robert Habeck im Bau- und Energieministerium. Fühlen Sie sich denn in den Prozess ausreichend eingebunden?

**Kämpfer:** Ja. Wir müssen sagen, dass das Ganze jetzt doch wesentlich geschmeidiger läuft als beim Gebäudeenergiegesetz. Da hat man vielleicht auch vieles gelernt und es ist vielleicht auch nicht ganz so kontrovers. Und die Wärmeplanung war immer etwas, was wir unbedingt gewollt haben als Kommunen und als kommunale Versorger, weil das den großen Masterplan ergibt, der die Kommunen in die Lage versetzt, mit einer hohen Verbindlichkeit auszubauen, aber vor allem die Bürgerinnen und Bürger, wo ja viele, gerade die mit wenig Geld mit unsanierten Häusern doch eine sehr große Verunsicherung haben. Wir haben den Eindruck, dass wir gehört werden mit unseren Interessen, dass jetzt der zweite Entwurf schon deutlich besser ist, aber man sieht zum Beispiel an der verschärften Zeitplanung und auch an den noch immer für einige Stadtwerke sehr hohen Vorgaben, bis wann die Fernwärmenetze Zwischenziele erreichen müssen, was den Erneuerbaren-Anteil angeht, da ist noch eine ganze Menge zu tun. Deswegen hoffen wir, dass jetzt in der parlamentarischen Beratung auch noch der eine oder andere Wunsch erfüllt wird, und das ist, glaube ich, nicht nur im Interesse der Kommunen selber, sondern auch der Bundesregierung. Weil wie gesagt: Es ist anspruchsvoll und ohne die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden viele Kommunen eher kleine Brötchen backen bei der Fernwärme, und das wollen wir nicht.

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

**Zerback:** Kleine Brötchen, das kann auch sein in Richtung Klimaschutz. Der erste Entwurf wurde jetzt nach massiver Kritik und den ganzen Stellungnahmen – ich habe sie irgendwann aufgehört zu zählen, ich würde mal schätzen, es sind ungefähr 50 Verbände, die ihre Stellungnahmen dazu abgegeben hatten. Auf jeden Fall ist rausgekommen, dass nicht mehr 50, sondern nur noch 30 Prozent der Wärmenetze bis 2030 mit Erneuerbaren oder Abwärme betrieben werden müssen. Musste hier der Klimaschutz doch zu Gunsten der Realpolitik weichen?

**Kämpfer:** Na ja, es ist beides. Wir wollen schnell in die Wärmewende einsteigen. Wir müssen nur sehen, wir sind jetzt bei 17, 18 Prozent Erneuerbaren-Anteil in der Fernwärme. Gerade bei dezentralen Systemen läuft es nicht nur punktuell, sondern da habe ich ein großes Kraftwerk, eine Großwärmepumpe, die dann zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einen Schlag sehr viel grün macht. In Kiel wollen wir 2035 alles komplett zu 100 Prozent klimaneutral haben. Das kriegen wir auch hin. Für andere ist das aber schwieriger und insofern: Bisher haben alle darauf geplant, dass sie 2045 komplett klimaneutral sein müssen. Jetzt werden im laufenden Verfahren die Regeln geändert. Das finden wir schwierig. Einige werden das schaffen, vielleicht viele, aber auch nicht alle, und auch da geht es darum, wenn wir nicht nur die Fernwärme insgesamt ausbauen wollen, sondern sie noch schneller erneuerbar machen müssen, dann wird das wieder dazu führen, dass einige sich das nicht zutrauen, weil sie glauben, dass sie die Schwelle nicht schaffen. Deswegen glauben wir, auch dort wäre es gut, wenn man noch ein bisschen mehr Flexibilität während des Gesetzgebungsverfahrens reinbekommt – nicht, weil wir unehrgeizig sind, sondern weil jede Kommune anders ist.

**Zerback:** Das Stichwort greife ich mal auf. Es ist ja so: Da, wo bereits kommunale Wärmeplanung da ist, da dürfen dann auch keine klimaschädlichen Heizungen mehr eingebaut werden. Daran gab es im Vorfeld schon viel Kritik, zum Beispiel aus Baden-Württemberg von Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident und Parteifreund von Robert Habeck. Der fühlte sich benachteiligt, weil sein Bundesland mit der Wärmeplanung schon so weit vorne ist. Fühlen Sie sich da auch benachteiligt?

**Kämpfer:** Nein, im Gegenteil. Wir können ja nicht auf den letzten und den langsamsten warten. Kiel muss auch Ende nächsten Jahres seine Wärmeplanung vorlegen. Dann weiß man ja Bescheid. Wenn Klarheit ist, wo kommt Fernwärme hin, wo kommt sie nicht hin, wo kann Wasserstoff eine Rolle spielen für die Gasheizung, dann ist es auch in Ordnung, die Verbindlichkeit zu erhöhen für alle Beteiligten, weil man dann ja weiß, woran man ist. Wir haben gerade, was die Wärmepumpen angeht, eine erhebliche Förderung im neuen Gesetz und dann ist es ja kein Übel, wenn man eine Wärmepumpe hat, sondern das ist eine gute und auch klimafreundliche Lösung. In dem Moment, wo wir die Transparenz haben, kann es auch die Verbindlichkeit geben. Die Förderung muss stimmen. Bei den Wärmepumpen haben wir jetzt, glaube ich, ein gutes Fördermodell und wir brauchen sie auch für die Fernwärme. Sonst haben wir da einen ungleichen Wettbewerb. Alle wollen eigentlich möglichst zentrale Lösungen, wo sie wirtschaftlich möglich sind, und deswegen darf bei der Förderkulisse es auch nicht zu Ungerechtigkeiten kommen, dass die Einzelheizung zu toll und die Fernwärme zu wenig gefördert wird.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*